

JAHRESBERICHT 2000/2001

Jahresberichte aus den Parteigremien

Geschäftsleitung

Dank den Verfassungsratswahlen im Juni 2000 war das Berichtsjahr kein «wahlloses» Jahr. Die Stadtpartei portierte 28 Kandidatinnen und Kandidaten, wovon 11 gewählt wurden: ein hervorragendes Ergebnis für uns.

Im Jahr 2000 traf sich die GL insgesamt zu 35 Sitzungen. Um eine Politik des Agierens und nicht nur des Reagierens zu machen, wurden im März anlässlich einer Retraite die zu vertiefenden politischen Themenschwerpunkte festgelegt. Die GL beschloss, zu den Themen Sozialpolitik und KMU in der Stadt Zürich Positionspapiere zu erarbeiten. Im September kam noch ein Positionspapier zum Thema Verkehr auf der Grundlage unserer Volksinitiative «Hauptstrassen zum Leben» dazu, erarbeitet von der Arbeitsgruppe Verkehr. Weiter wurden Massnahmen im Bereich Parteifinanzen beschlossen, d.h. konkret die Ausgaben der Stadtpartei zu durchleuchten, um Sparpotentiale ausfindig zu machen. Die GL machte sich auch Gedanken darüber, wie wir die Einnahmen erhöhen konnten. Die Idee, einen Abstimmungsclub, eine Art themenbezogenes Sponsoring, zu initiieren, fand ein beachtliches Echo und wurde erstmals für die Kampagne «Abschaffung der Einbürgerungsgebühren – Einzelinitiative Roselli» aktiviert. Für die Abstimmungskampagne konnten so über 10 000 Fr eingesetzt werden, ein sehr erfreuliches Resultat. Alle Projekte wurden rasch in Angriff genommen und bis auf

das Positionspapier zur KMU im Verlaufe des Jahres realisiert.

Das Thema «1. Mai – so nicht mehr» gab des öfteren zu Diskussionen Anlass. Die GL blieb jedoch bei ihrer Haltung, keine offizielle Stellungnahme abzugeben, weil die Lösungssuche klar eine Angelegenheit des 1. Mai Komitees, des Gewerkschaftsbunds und des Stadtrates sei.

Der Beschluss, regelmässig Veranstaltungen zu aktuellen Themen in verschiedenen Altersheimen der Stadt durchzuführen hat sich sehr bewährt. Themenauswahl und Organisation liegt in den Händen der sogenannten AG Altersveranstaltungen. Die geringen Kosten werden von den jeweiligen Sektion getragen. Pressearbeit und Werbung wird vom Sekretariat betreut. Der Erfolg ist unterschiedlich aber im Grossen und Ganzen als positiv zu bewerten. Ein Vorteil ist die Möglichkeit, effizient und unbürokratisch aktuelle Themen und Ereignisse aufzugreifen und unsere Politik zu kommunizieren.

Im Mai organisierte die Geschäftsleitung eine öffentliche Podiumsdiskussion im Landesmuseum zum Thema «Schweizerisches Landesmuseum wohin?» Die provokatorische Frage von Markus Notter, ob ein Abriss nicht sinnvoller sei, stiess dabei auf wenig Gegenliebe. Unter der Leitung von Jan Capol diskutierten ausserdem auch Andreas Furger, Direktor des Landesmuseums und Brigitte Wehrli von der Fachstelle Stadtentwicklung.

Die Geschäftsleitung beschäftigte sich im Vorfeld der Abstimmung im Juni intensiv mit dem Thema EWZ-Ausgliederung und war im Abstimmungskomitee aktiv. Das Abstimmungswochenende vom 18. Juni, das mit den Verfassungsratswahlen zusammenfiel, war ein sehr erfolgreiches für die Stadtpartei.

Die Geschäftsleitung bereitet die Geschäfte vor und führt alle politischen Aktionen nach Massgabe der Parteibeschlüsse durch. Sie besteht aus höchstens 11 stimmberechtigten Mitgliedern, wobei das Sekretariat mit einer Stimme vertreten ist. Die SP-Mitglieder des Stadtrates nehmen ohne Stimmrecht Einsitz. Die Geschäftsleitung tritt zusammen, so oft es die Geschäfte erfordern (in der Regel wöchentlich)

Im zweiten Halbjahr wurde ein neues Abstimmungsstrategie-Konzept beschlossen und erstmals in der Septemberabstimmung über die 18 % Initiative umgesetzt. In den gefährdeten Stadtkreisen 9, 11 und 12 wird ein speziell für diese Wählerschicht produzierter Abstimmungsflyer auf Kosten der Stadtpartei an alle Haushalte verteilt. Eine Beurteilung darüber, wie erfolgreich sich diese Spezialaktion auswirken wird, kann erst nach mehreren Versuchen gemacht werden.

Im Herbst gab es einen grossen Wechsel im Sekretariat: Urs Berger, frisch gewählter Schulpräsident im Schulkreis Waidberg, und Katharina von Allmen verliessen uns auf Ende Oktober, resp. Ende November. Man entschied sich, nicht zu



Liebe Genossinnen
und Genossen

Ich schreibe diesen Bericht am 15. März, also 10 Tage nach dem schwarzen Abstimmungstag für die SP mit dem unerwarteten deutlichen Nein zur EU und dem befürchteten, klaren Nein zur Abschaffung der Einbürgerungsgebühren in der Stadt Zürich. Die lediglich 21 Prozent Ja sind ein klares Indiz dafür, dass es der SP und der SP Migration nicht gelungen ist, die eigenen WählerInnen von der Notwendigkeit eines Schrittes zugunsten der Niedergelassenen zu überzeugen. Und die auch in der Stadt sehr deutlichen zwei Nein zur EU-Initiative und vor allem zu Tempo 30 geben zu denken. Die Resultate lassen die Frage offen, ob es Sinn ergibt, mit Initiativen anzustreben, was mit parlamentarischen Mitteln nicht ganz erreicht worden ist. Initiativen eignen sich offensichtlich je länger je mehr vorwiegend für die Lancierung eines Themas, aber nur bedingt zur Durchsetzung von konkreten Verbesserungen. Kleine Schritte als Initiative mobilisieren die eigenen Leute wenig und vermindern trotzdem die Gegnerschaft kaum.

Das politische Leben entsprach einem ziemlichen Auf und Ab. Selbst in der AusländerInnenpolitik. Die 18-Prozent-Initiative hatte in der Stadt absolut keine Chance. Ebenso wenig der Angriff auf die Kantonalen Beihilfen. Eine unerwartet positive Überraschung bildeten die Kuning-Abstimmung und die Wahlen von Urs Berger zum Schulpräsidenten im Schulkreis Waidberg und Thomas Marthaler als

Stadttammen für den Kreis 3 am gleichen Septembersonntag. Der zweite kommunale Dämpfer war die Annahme der SVP-Initiative «220 000 Franken sind genug», die unsere StadträtInnen als persönliche Ohrfeige empfanden und sich zurecht darüber beschwerten, dass die Partei sich nicht gerade mit Vehemenz für sie eingesetzt hatte. Der zweite grosse, kommunale Aufsteller zumindest für die Partei war das Nein zur Ausgliederung des EWZ. Dieser Fight ist auf allen drei Ebenen noch nicht beendet.

Wie bereits bei den Nationalratswahlen trug die Stadt Zürich wesentlich zum guten Ergebnis bei den Verfassungsratswahlen bei. Mit einem Wähleranteil von 34,9 Prozent holte die Stadtpartei 11 von 27 Sitzen.

Gewandelte Finanzen

Eine entscheidende Änderung prägte die Stadtpolitik: Im Jahr 2000 schloss die Rechnung der Stadt mit der Schnapszahl von 444 Millionen Franken plus ab. Zusammen mit Aufwertungen der Liegenschaften halbierten sich die Schulden. Mit dem zu erwartenden guten Abschluss 2001 besteht die Hoffnung, dass die Stadt sich der Schuldenfreiheit sehr viel rascher nähert als erhofft oder befürchtet. Auch wenn ich mir sehr bewusst bin, dass die Konjunktur half, gibt es keinen Grund auf das Fakt nicht ein bisschen (ein ziemlich grosses Bisschen) stolz zu sein: Unter der Hauptverantwortung der SP gelang es, den Sozialabbau in der Stadt in den schwierigen 90er Jahren in engen Grenzen zu halten. Gleichzeitig ist der von der SVP bis zum Gehnichts mehr beschworene Schuldenberg zu einem niedlichen Hügel geschrumpft. Dazu erhalten die städtischen Angestellten erstmals wieder eine anständige Realloohnerhöhung (verbunden mit einem Teuerungsausgleich von 3,5%) und die SteuerzahlerInnen einen Rabatt von 4 Punkten. Dazu eine Bemerkung, die nicht allen GenossInnen passen könnte: Der Steuerfuss ist ein feines Steuerungsmittel des Haushaltes. Nur weil ein Teil der bürgerlichen Poli-

tikerInnen ihre einzige Existenzberechtigung in der Senkung des Steuerfusses sehen, müssen wir sie nicht mit umgekehrtem Vorzeichen nachahmen. Entwickelt sich die Lohnschere wie in den letzten Jahren in gefährlicher Weise auseinander, müssen wir die jenseitigen Spitzenlöhne und die Anmassung auch staatlicher Durchschnittsmanager unter Berufung auf den freien Markt mit Spitzenlöhnen und Boni bekämpfen und uns nicht in Ersatzhandlungen beim Steuerfuss flüchten.

Der Verzicht von Sepp

Nach 12 Jahren Stadtpräsidium tritt Sepp Estermann im Frühling nicht mehr zu einer vierten Amtsdauer an. Er hat in den letzten Jahren in sehr vielen Situationen für uns und noch viel mehr für die Stadt den Kopf an vorderster Front hingehalten. Wenn Zürich heute wieder als Stadt mit Zukunft und Lebensqualität gilt, als Stadt, in der zu wohnen und zu leben wieder «in» ist, so hat er dazu seinen redlichen Teil beigetragen.

Ich schliesse nicht mit dem Märchen der Unersetzbarkeit und halte lediglich fest: Sepp hat es sich und uns nicht immer leicht gemacht. Trotzdem wird es ohne ihn wenigstens vorübergehend etwas schwerer.

Koni Loepfe, Präsident



letzt auch im Hinblick auf die Finanzlage, nur eine Sekretariatsstelle zu besetzen und beide Stellenprozente auf 80% zu erhöhen. Die neue Parteisekretärin, Susanne Twerenbold, trat ihre Arbeit anfangs November an.

Der Beschluss des Regierungsrates, sich unter Berufung auf den Lastenausgleich die Stadtpolizei einzuverleiben, führte zu grösseren Irritationen innerhalb der Stadtpartei. Lastenausgleich hin oder her: Die GL war der Ansicht, das Polizeikommando sollte im Hinblick auf die besonderen städtischen Anforderungen in den Händen der Stadt Zürich bleiben. Koni Loepfe reichte daher eine Einzelinitiative ein. Leider kam dieser Versuch, die ganze Entwicklung aufzuhalten, zu spät. Die Umstrukturierungen waren bereits in vollem Gange und sollten ab 1.1.2001 abgeschlossen sein. Die Einzelinitiative wurde zurückgezogen als dann auch im Gemeinderat keine Mehrheit erreicht werden konnte.

Die Idee, einen grösseren Event für die Stadtpartei zu organisieren, geisterte schon eine Weile in unseren Köpfen herum. Nachdem ein geplantes Sommerfest auf dem Platzspitz nicht zustande kam, wurde die Idee eines Bingoabends weiterverfolgt. Das Angebot, das Festzelt auf dem Münsterhof am Vorabend des Silvesterlaufes zu mieten, wurde angenommen und mit Beat Schlatter, dem «Bingomatador» in Zürich, war eine professionelle Durchführung garantiert. Somit bildete ein Unterhaltungsabend den gelungenen Abschluss eines intensiven

und arbeitsreichen Politjahres. Der Geschäftsleitung gehörten im Berichtsjahr 00/01 an: Koni Loepfe (Präsident), Emy Lalli (Vizepräsidentin), Kurt Altenburger, Janös Blum, Fiammetta Jahreiss, Peter Macher, André Odermatt, Andrea Ruckstuhl, Renato Valoti, Martin Waser sowie von Amtes wegen Josef Estermann (Stadtpräsident), Elmar Ledergerber (Stadtrat), Esther Maurer (Stadträtin), Bobby Neukomm (Stadtrat), Urs Berger (Parteisekretär, bis Ende Oktober), Mechthild Malash (Parteisekretärin), Katharina von Allmen (Parteisekretärin, bis Ende November), Susanne Twerenbold (ab November).

Partei Vorstand

Von März 2000 bis Januar 2001 trat der Parteivorstand (PV) fünf Mal zusammen. Neben den statuarischen Geschäften bildeten die Initiative «Hauptstrassen zum Leben», der Beschluss, eine neue Kampagnenstrategie in den gefährdeten Stadtkreisen 9, 11 und 12, ausgerichtet auf die Gemeinderats- und Stadtratswahlen im Jahre 2002, zu testen und der Wahlmodus für die Stadtzürcher Delegierten an der Delegiertenversammlung der SP Schweiz die inhaltlichen Schwerpunkte.

Im Weiteren wurden zwei Positionspapiere zu den Themen Verkehr «Strassenteile hat Zukunft» und Sozialpolitik «Stadzürcher Sozialpolitik im Zeichen der Veränderung» verabschiedet. Im März wurde darüber befunden, ob weiter an der Initiative «Hauptstrassen zum Leben» festgehalten werden soll. Die Stellungnahme des Stadtrates war noch ausste-

hend. Esther Maurer vertrat die Position des Stadtrates und meldete Bedenken an, da zu erwarten war, dass die Initiative abgelehnt würde. Dies könnte einen Rückschlag für die verkehrspolitischen Anliegen der SP bedeuten. Bezüglich Kosten und Frist der Umsetzung (5 Jahre) sei die Initiative eher unrealistisch. Die VertreterInnen des Initiativkomitees vertraten dagegen die Ansicht, dass die Initiative etwas in Bewegung setzen sollte und dass die vorgeschlagenen Massnahmen als Pilotprojekte gelten und dafür sicher eine Akzeptanz in der Bevölkerung vorhanden sei. Wichtig sei jedoch, dass der rot-grüne Stadtrat seine Unterstützung in dieser Sache signalisierte. Im Juni wurde über die Schulbehördenreorganisation in der Stadt Zürich diskutiert. Ziel war es, die Position der SP dazu im Vorfeld bekannt zu machen. Schwerpunkte der Forderungen waren die Beschränkung auf die Kreisschulpflege, d.h. auf eine demokratisch gewählte Laienaufsichtsbehörde, und die rasche Einführung von Quartierschulen. Das Papier wurde mit wenigen Änderungen vom PV verabschiedet.

Anschliessend wurde über die verkehrspolitische Standortbestimmung (Positionspapier «Strassenteile hat Zukunft») diskutiert. Das Papier fand grundsätzlich die Zustimmung der Mehrheit der Anwesenden Mitglieder. Es wurde jedoch festgehalten, dass es im Bezug auf die Dominanz des Autoverkehrs eher zu moderat sei und dass die Forderung nach einer Reduzierung des motorisierten Autoverkehrs noch verstärkt aufzunehmen sei.

Der Parteivorstand ist zuständig für Geschäfte von allgemeinem Interesse, insbesondere für die Festlegung von Abstimmungsempfehlungen, für die Beschlussfassung über Referendum und Initiative, für Nominationen für verschiedene Ämter auf Bezirksebene und für die Genehmigung des Budgets.

Der PV vom September beschäftigte sich zur Hauptsache mit der Mitarbeit der Stadtpartei im 1. Mai Komitee und mit der neuen Kampagnenstrategie bezüglich Gemeinde- und Stadtratswahlen 2002 in den gefährdeten Stadtkreisen 9,11 und 12. Bezüglich Mitarbeit im 1. Mai Komitee wurde beschlossen, sich erst auf den 1. Mai 2002 für eine Mitarbeit im Komitee zu bemühen. Die SP Stadt Zürich wird daher im Sommer/Herbst 2001 den Kontakt mit dem 1. Mai Komitee aufnehmen. Die neue Strategie, in den gefährdeten Aussenquartieren auf Kosten der Stadtpartei spezielle Abstimmungsflyer zu produzieren und durch einen Postverteiler zu streuen, wurde einstimmig angenommen; dies jedoch unter der Bedingung, dass die betroffenen Sektionen mit eigenen Sonderanstrengungen die Kampagnen unterstützen.

Im November wurden die Finanzen und der Entwurf des Positionspapiers zur Sozialpolitik diskutiert. Betreffend Finanzbereich ist zu erwähnen, dass der Antrag, die Mitgliederbeiträge um satte 9 Fr. anzuheben, einstimmig angenommen wurde. Die Sparmassnahmen im Budget 2001 wurden ebenfalls begrüsst. Bei den Personalkosten soll die Lohnreserve für eine temporäre Anstellung während des Wahlkampfes separat ausgewiesen werden. Das Sozialpapier wurde intensiv diskutiert. Einzelne Formulierungen wurden dadurch präziser und die Forderungen klarer. Im Anschluss an die Diskussion wurde das Papier einstimmig angenommen.

Die Vorstandssitzung im Januar behandelte den Antrag auf Auflösung des Solidaritätsfonds und entschied über den Wahlmodus betreffend Delegierte für die Delegiertenversammlung der SP Schweiz. Der Antrag auf Auflösung des Solifonds

wurde angenommen. Die Unterstützungsanträge hatten stark abgenommen, weil offenbar das soziale Netz überaus gut funktioniert. Es ist demnach besser, wenn die Winterhilfe künftig die Bedürftigen direkt unterstützt. Der Wahlmodus für die Delegiertenversammlung der SP Schweiz wurde folgendermassen festgelegt: Die der Stadtpartei zustehenden 8 Sitze werden auf die 6 Kantonsratswahlkreise verteilt. Die zwei restlichen Mandate fallen zusätzlich auf die beiden grössten Wahlkreise (Kreise 3 & 9 und 11 & 12).

Der Parteivorstand setzte sich im Berichtsjahr 00/01 folgendermassen zusammen: Alle Mitglieder der Geschäftsleitung, Elisabeth Hallauer-Mager (SP1), Bruno Lafranchi (SP2), Dorothee Kirschner (SP3), Alice Scheidegger (SP4), Heinz Bögle (SP5), Corine Mauch (SP6), Yvonne Müller (SP7), Kathrin Meier (SP8), Peter A. Schmid (SP9), Erika Ziltener (SP10), Gertrud Graf (SP11), Gunthard Niederbäumer (SP12), Francisco Suarez (PSOE), Mario Florin (Bildungsausschuss), Viola Eisinger, Doris Herter (beide Frauenteam), Maria Roselli, Susanna Ambrosi (SP Migration), Andreas Schäfli, Kaspar Utz (Juso), Judith Bucher, Werner Sieg, Monika Spring (Gemeinderatsfraktion, mit zwei Stimmen), Andrea Ruckstuhl (Schulpolitische Kommission), Pierre Martin (Justizkommission), Salvatore di Concilio, Dorothea Frei (beide GBZ), ad interim (SP Kanton Zürich), Elvira Sartori (SeniorInnen), Marcel Lautner, Emil Schärer, Lisbeth Sippel, Thomas Spörri, Monika Sprecher (alle frei gewählt).

Delegiertenversammlung

Die Delegiertenversammlung (DV) wurde im Berichtsjahr zweimal einberufen. An der a. o. Delegiertenversammlung im April bildete die Parolenfassung zur umstrittenen Vorlage Ausgliederung des EWZ und zur Volksinitiative der SVP «220 000 Franken sind genug», wo es um die Kürzung der Stadtratsgehälter ging, den Schwerpunkt. Stadtrat Elmar Ledegerber begründete in einem leidenschaftlich vorgetragenen Referat den Entscheid des Stadtrats, warum die Privatisierung des EWZ heute nicht mehr aufzuhalten sei. Das EWZ müsse sich angesichts eines Stromüberschusses von 50% auf dem Markt breiter etablieren können und dies mit der dazugehörigen Handlungsfähigkeit. Der Privatisierungstrend auf dem Strom-

markt sei im Ausland bereits grösstenteils vollzogen, und das EWZ würde künftig nicht mehr konkurrenzfähig sein. Bei dieser moderaten Vorlage würde die Stadt aber später immer noch ein Wörtchen mitreden können, dies bei einer Beteiligung von 60%. Ausserdem würde der Gemeinderat über die Höhe der Beteiligung ebenfalls mitreden. Die Gegner der Vorlage argumentierten vor allem mit dem Verlust des Service Public. Ausserdem sei das Verteilnetz unbedingt in den Händen der Stadt zu belassen. Die Argumentation, diese Privatisierung sei ein erster Schritt, später würde es weiter gehen in Richtung Privatisierung in den Bereichen VBZ, Schulen, Wasserwirtschaft etc., wurde weiter ins Feld geführt. Es gäbe auch keine Beispiele dafür, dass die Normalverbraucher mit tieferen Tarifen davon profitieren könnten. Einzig die Grossverbraucher könnten von Spezialtarifen profitieren. Ausserdem wären die Angestellten zuerst die Verlierer, und es sei mit einem Arbeitsplatzabbau zu rechnen (Hinweis auf das aktuelle Beispiel Swisscom). Nach einer engagierten Debatte wurde die Ablehnung der Vorlage mit einem grossen Mehr beschlossen.

Bezüglich der Parolenfassung zur SVP-Initiative «220 000 Franken sind genug» gab es eindeutige Gründe für die Ablehnung. Insbesondere der Vergleich mit der Privatwirtschaft wurde herangezogen. Ebenso ins Gewicht fielen die Konsequenzen auf das Lohnsystem der gesamten Verwaltung, insbesondere im Bereich der Kaderpositionen. Lassen sich dann noch gute Leute finden?, fragte man sich. Die Parole lautete einstimmig «Nein».

Die Delegiertenversammlung (DV) ist – neben der Urabstimmung – das oberste Organ der SP der Stadt Zürich und setzt sich basisdemokratisch aus den Mitgliedern der Geschäftsleitung, des Parteivorstandes, einer 5-er Abordnung der Gemeinderatsfraktion, je einer 3-er-Delegation der statuarischen Kommissionen sowie den Delegierten aus den Sektionen (je nach Mitgliederzahl zwischen 10 und 18 pro Sektion) zusammen. An der ordentli-



chen Delegiertenversammlung im Mai sprachen sich die Delegierten neben den ordentlichen Geschäften für die Einreichung der Einzelinitiative Koni Löpfe gegen die Urban Kapo, d.h. gegen die Übernahme der Stadtpolizei durch den Kanton, aus. Während der Debatte ging es insbesondere um die spezielle Situation in der Stadt Zürich, die eine eigene Polizei aus Sicherheitsgründen notwendig mache, um die damit verbundenen Kosten (immerhin 80 Mio. Franken) und um die Frage der Oberhoheit, eines Machtinstruments, welches freiwillig aus den Händen gegeben würde. Dagegen wurde opponiert, dass die Gemeindeautonomie Sache des kantonalen Rechts sei und die Initiative daher für ungültig erklärt würde und dass der durch den Lastenausgleich erreichte Frieden mit den Landgemeinden gefährdet sei. Obwohl die Meinungen sehr geteilt waren, entschieden sich die Delegierten überraschenderweise mit Mehr für die Einreichung der Einzelinitiative.

Gemeinderatsfraktion

Von Werner Sieg, Fraktionspräsident

Fraktionsvorstand, Vertretung in den Parteigremien

Im Berichtsjahr bildeten Werner Sieg (Präsident), Judith Bucher und Monika Spring-Gross (Vizepräsidentinnen) das Präsidium der Fraktion. Weitere Vorstandsmitglieder waren Urs Berger (Parteisekretär), Helmut Britz, Regula Enderlin, André Odermatt und die Leiterin des Fraktionssekretariats Verena Röllin. Im Mai wurde der Vorstand um ein Mitglied erweitert. Seit damals ist auch Zürich – Nord mit Rolf Naef im Vorstand vertreten. Ende Oktober wurde Urs

Berger (Rücktritt als Parteisekretär) durch Susanne Twerenbold ersetzt. Die Kasse führte Hans-Peter Huber. Im Parteivorstand wurde die Fraktion durch ihr Präsidium vertreten (zwei Stimmen). Weitere Delegierte waren Renate Fässler, Geri Schaller, Reto Dettli, Joe Manser.

Personelles

Im zweiten Jahr der laufenden Legislatur traten Geri Schaller (SP 8) und Reto Dettli (SP 5) zurück. Sie wurden durch Sabine Tobler und André Dubacher ersetzt. Geri Schaller war das amtsälteste Mitglied der Fraktion (Wahl 1986), eine der «Seelen der Fraktion», die es für den Zusammenhalt einer solch heterogenen Gemeinschaft unbedingt braucht. Ihre grosse Schaffenskraft, ihr Einsatz für mehrheitsfähige Lösungen und ihre Solidarität mit den Beschlüssen der Fraktion waren immer beeindruckend. Innerhalb des Gemeinderats hatten und haben mehrere SP – Mitglieder wichtige Funktionen inne. Regula Enderlin ist Präsidentin der RPK, Susanne Erdös Präsidentin der GPK. Geri Schaller präsierte bis zum Mai die Spezialkommission des Sozialdepartements, Claudia Nielsen diejenige des Tiefbau- und des Polizeidepartements, Rolf Naef die Spezialkommission AWZ. Seit Mai präsidieren Peter Stähli und Sepp Köppli die Spezialkommissionen zur Stadtentwicklung bzw. zum Finanzdepartement und den Industriellen Betrieben. Christine Marchetto ist 2. Vizepräsidentin des Rates.

Politische Arbeit

Eigentlich war 2000 im Gemeinderat ein geruhsames Jahr. Zwar änderten sich auf dem Papier die Mehrheitsverhältnisse im Parlament. Die Auflösung des Landesrings führt dazu, dass sich nun eine leichte Mehrheit für die Bürgerlichen ergibt. Im Alltagsgeschäft ist davon aber wenig zu spüren. Bei knappen, umstrittenen Vorlagen entscheidet allein die Präsenz im Rat. Aber – und das ist wohl wichtiger – in zentralen Fragen werden knappe, zufällige Abstimmungsergebnisse wenn möglich vermieden.

Der Rat entschied über eine grosse Anzahl Vorlagen, vor allem auch viele wichtige Subventionsvorlagen im sozialen und kulturellen Bereich. Praktisch ausnahmslos setzte sich dabei eine fortschrittliche Linie durch, das heisst, die Stadt zeigte sich – entsprechend der verbesserten Finanzlage – grosszügiger als in den 90er Jahren. Diese Linie wird häufig in Vorgesprächen in den Spezialkommissionen zwischen SP und FDP, wahlweise zusammen mit den Grünen oder der CVP, abgemacht. Bei besonders schwierigen Fragen – etwa beim Budget – schalten sich auch die Fraktionsleitungen ein. Dabei erleichtert die fundamentale Opposition der SVP die Konsensfindung auf unserer Seite. Die SVP hat sich in vielen Bereichen so sehr ins Abseits manövriert, dass man ihre Argumente nicht mehr richtig ernst nehmen kann, meist auch nicht ernst nehmen muss. Es kommt weiter hinzu, dass die Vorlagen des Stadtrates fast immer schon so ausgearbeitet sind, dass wir sie als «Regierungspartei» ohnehin unterstützen können.



Die SP der Stadt Zürich ist in guter Form – das haben auch die einzigen Wahlen im letzten Jahr (Schulpräsidium Waidberg, Stadtammann im Kreis 3) gezeigt. Doch man kann eine erfolgreiche Ausgangsposition rasch verlieren, wie das Trauerspiel unserer nationalen Partei gezeigt hat.

Grösstes Manko bleibt meiner Ansicht nach: Die SP Zürich hat ein bedeutendes Theoriedefizit. Die Folgen des Umbruchs von 1990 sind in dieser Partei viel zu wenig in ihrer gesellschaftspolitischen Auswirkungen analysiert und politisch beurteilt worden. Manche neigen rasch dazu, eine pragmatische Haltung, als die allein mögliche und richtige anzusehen. Allzu rasch werden andererseits aber auch die neoliberalen Gespenster der Privatisierung und des Abbaus des Service public beschwört, so dass man den Eindruck erhalten kann, es gehe darum, jede Diskussion abzuwürgen. Mich dünkt, dass die Fähigkeit und die Bereitschaft, offen und kontrovers über anstehende Fragen zu diskutieren, sich verbessern liessen. Wenn wir uns nicht gegenseitig während der Diskussionsphase das Recht auf Irrtum zugestehen, wird das alles nicht gut herauskommen.

In der Finanzpolitik gelang es dank einer SP – Motion, die Lohnkürzung für das städtische Personal von 1999, die damals mit einer Verkürzung der Arbeitszeit verbunden war, rückgängig zu machen, wobei die Arbeitszeitreduktion beibehalten wurde. Endlich konnten wir wieder einmal etwas für das städtische Personal, das der SP in einem sehr schwierigen Jahrzehnt viel Unterstützung gegeben

hat, tun. Dieser grosse Erfolg – er führt dazu, dass das städtische Personal in diesem Jahr in Verbindung mit dem vom Stadtrat gewährten Teuerungsausgleich zu einer Lohnerhöhung von rund 5% kommt und er passierte im Gemeinderat ohne Gegenstimme – war möglich, weil wir der FDP und der CVP auf der Gegenseite eine Reduktion des Steuerfusses um 4% zugestanden. Diese beiden Fraktionen waren deshalb auch bereit, die Budgetanträge des Stadtrates mitzutragen. Nur so war es überhaupt möglich, die ca. 160 Anträge der SVP, die sich alle gegen das Budget des Stadtrates richteten, abzulehnen, ohne dass die Budgetverhandlungen Tage dauerten. Die ausgesprochen erfreulichen Rechnungszahlen erlauben es, das Defizit trotz solch zusätzlicher Ausgaben weiter abzubauen. Das wichtigste anstehende Geschäft ist die Frage nach der Zukunft des städtischen Elektrizitätswerks und weiterer öffentlicher Unternehmungen. Hier zeigt sich mit besonderer Deutlichkeit die programmatische Schwäche der SP. Obschon es gelang, in der Volksabstimmung ein Nein zur Ausgliederung des EWZ zu erreichen, sind wir bereits mit einer neuen Vorlage konfrontiert. Ob eine reine Verweigerungspolitik – Ablehnung des eidgenössischen Energiemarktgesetzes, Ablehnung aller Ausgliederungen kantonaler und kommunaler Werke – in einem völlig geänderten europäischen Markt erfolgreich sein wird, muss sich weisen. «Es ändern die Zeiten, da hilft kein Gewalt!» hat Bert Brecht einmal den rechten Konservativen zugerufen.

Auch wenn 2000 ein recht geruhames Jahr war, gab es dennoch viel zu tun.

Die Arbeit als Gemeinderätin oder Gemeinderat ist zeitintensiv und wird immer anspruchsvoller. Mit den neuen Spezialkommissionen wurde das Parlament in einem gewissen Masse «professionalisiert». Gleichzeitig ist – wie bei andern öffentlichen Ämtern auch – die Wertschätzung für Parlamentsmitglieder zumindest in der veröffentlichten Meinung nicht gewachsen. Dennoch: Es ist die Gemeinderatsfraktion, die neben Parteileitung und Exekutive unsere Politik umsetzt. Die 49 Genossinnen und Genossen, die dies Mittwoch für Mittwoch tun, haben alle unseren Dank verdient.

Bericht aus dem Stadtrat

Von Elmar Ledergerber

Der Stadtrat hat 2000 die Halbzeit der Legislatur 1998-2002 erreicht und in einer Medienorientierung über den Stand der Arbeiten an den Legislaturzielen informiert. Die optimistische Stimmung im Stadtrat hat nachhaltig zur Lösung von departementsübergreifenden Fragestellungen beigetragen. Das gemeinsame Engagement des Stadtrates hat gezeigt, dass die grossen Aufgaben in Zukunft in enger Kooperation der Stadtratsmitglieder bearbeitet werden müssen.

Arbeit des Stadtrats

Anlässlich 39 ordentlicher Sitzungen und 20 ausserordentlicher Sitzungen wurden insgesamt 2'256 Geschäfte in ausserordentlicher Breite behandelt (ca. 320 Std.). Die nachfolgend aufgeführten Geschäfte stellen eine Auswahl der wichtigsten Arbeiten und Projekte dar.

BZO

Die 1999 initiierte Revision der BZO hatte zum Ziel so rasch als möglich Rechtssicherheit in der Planung zu verwirklichen und die Ziele der Stadtentwicklung zu realisieren. Innert zwei Jahren konnten drei der vier Teile der BZO realisiert werden. Die BZO ist eines der wichtigsten Instrumente mit welcher der Stadtrat Einfluss auf die Entwicklung der Stadt in gesellschaftspolitischer wie in ökonomischer Hinsicht nehmen kann. Sie soll:

- Kontinuierliche Stadtentwicklung ermöglichen
- Wohnraum und Wohnqualität schaffen
- Raum für bis 400'000 Einwohner/innen zur Verfügung stellen
- Einer gesunden Wirtschaft Entwicklungsmöglichkeiten bieten
- Umwelt- und Erholungsqualitäten fördern und erhalten
- Transparenz und Rechtssicherheit gewährleisten

Sozialpolitik

Die konjunkturelle Erholung führte im Berichtsjahr zu einer deutlichen Entspannung bezüglich Arbeitslosigkeit. Wie schon bei früheren konjunkturellen Einbrüchen hinterlässt aber auch die Krise der 90er Jahre eine deutliche gestiegene Zahl an Menschen, welche die Reintegration in den Arbeitsmarkt trotz wirtschaftlichem Aufschwung nicht mehr geschafft haben und möglicherweise dauerhaft Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger bleiben. Dieser Hintergrund erklärt auch die anhaltende Bedeutung des Ergänzenden Arbeitsmarktes, der sich allerdings nicht mehr primär an Arbeitslose sondern eben an Sozialhilfeempfangende richtet («Arbeit statt Fürsorge»).

Ebenfalls ohne merklichen Einfluss blieb die konjunkturelle Erholung bei den Ergänzungsleistungen. Die Fallzahlen blieben weitgehend stabil. Als neues soziales Problem machte sich im Berichtsjahr jedoch die Wohnungsfrage bemerkbar. Trotz stark gesteigener Wohnungsproduktion («10'000 Wohnungen») beim Wohnungsbau vermag das Angebot chfrage, insbe-

sondere nach günstigem Wohnraum, noch nicht befriedigen. Dieses Problem ist allerdings durch die Stadt Zürich allein nicht zu lösen. Hier ist auch der Kanton gefragt, hat der Kanton doch in den letzten Jahren seine Wohnbauförderung nahezu eingestellt. Aus Sicht der Klientinnen und Klienten der städtischen Einrichtungen ist sicherlich die Einführung der sogenannten Sozialzentren von grösster Bedeutung. Neben dem bereits eröffneten Sozialzentrum Dorflinde werden weitere vier Zentren (Selnau, Ausstellungsstrasse, Albisrieden und Waidberg) folgen.

Schliesslich gilt es zu unterstreichen, dass im Berichtsjahr zwei grosse Pakete (Soziokultur und «Safer Zurich») mit sozialpolitischen Weisungen dem Gemeinderat unterbreitet werden konnten und von diesem weitestgehend unverändert genehmigt wurden.

10'000 Wohnungen

Mit dem Projekt «10'000 Wohnungen in 10 Jahren» soll dem wachsenden Marktdruck im Wohnungsbereich begegnet werden. Die Nachfrage nach grossen Wohnungen (4 Zimmer und mehr) ist enorm, während ein entsprechendes Angebot fehlt, nach wie vor ziehen Familien aus der Stadt weg, weil entsprechender Wohnraum fehlt. Die Initiierung dieses Projekts hat einen enormen Schub beim Wohnungsbau ausgelöst, die Zahl der im Jahre 2000 erstellten Wohnungen liegt weit über dem Durchschnitt der letzten 10 Jahre. Nach diesem grossem bisherigem Erfolg des Projekts muss das Projekt mit aller Energie weiterverfolgt werden.

Kooperative Planungen Zürich-West und Leutschenbach

In den Quartieren Zürich-West und Leutschenbach wurden mit den Grundeigentümern erste Vereinbarungen getroffen. Es ist uns gelungen, die privaten Grundeigentümer in der Planung dazu zu bewegen, sich an der öffentlichen Infrastruktur zu beteiligen, durch finanzielle Beiträge, durch Freigabe von Landanteilen für öffentliche Nutzung oder durch freiwilliges Abtreten von Grünflächen anstelle einer



hohen Verdichtung unter rein kommerziellen Aspekten. Das Resultat dieser erfolgreichen Verhandlungen ist, dass in die übermässigen Dichten zugunsten einer erhöhten Lebens- und Arbeitsqualität zurückgenommen werden konnten (gem. BZO Baudirektion (Hofmann)). Die Entwicklung in Zürich-West und die Erwartungen für Zürich-Leutschenbach zeigen sehr deutlich, dass diese Politik einen grossen Rückhalt in der Bevölkerung und der Wirtschaft gefunden hat und dass wirtschaftliche Entwicklung zusammen mit einer kontinuierlichen Verbesserung der Lebens- und Umweltqualität einhergehen kann.

Schiffbau

Mit dem «Schiffbau» beim Escher-Wyss-Platz wurde im Jahre 2000 eine Kulturstätte eröffnet, die weit über Zürich hinaus ausstrahlt und das Image von Zürich als eine führende Kulturstadt markant erhöht hat. In Verbindung von historischer Substanz (ehemalige Schiffbauhalle) und modernster Theaterinfrastruktur wurde ein Theater geschaffen, das sich grösster Beliebtheit erfreut.

Bellevue-Sechseläutenplatz

Zusammen mit der kantonalen Baudirektion haben wir im Frühjahr 2000 einen Projektwettbewerb veranstaltet. 20 Teams wurden beauftragt, Projekte zum Perimeter Sechseläutenwiese-Opernhausplatz und zum Opernhausparking zu auszuarbeiten. Die entworfenen Projekte wurden im Herbst 2000 in einem Zelt auf der Sechseläutenwiese der Öffentlichkeit vorgestellt und in verschiedenen Veranstaltungen diskutiert. Vier der zwanzig eingereichten Projekte wurden zur Weiterbearbeitung ausgewählt, die Resultate werden im Frühjahr 2001 im Helmhaus ausgestellt

Ausgeglichene Rechnung 2000

Dank den grossen Anstrengungen des Stadtrates und dem kooperativen Einsatz des städtischen Personals ist es gelungen die Aufwendungen der Stadtverwaltung massiv zu kürzen und eine ausgeglichene Rechnung für 2000 zu präsentieren. Erheblich unterstützt wurden diese Anstrengungen zusätzlich durch die höheren Steuereinnahmen, welche die erfreuliche wirtschaftliche Lage widerspiegeln. Trotz der optimistischen Prognosen für die Zukunft zeigt der Finanzplan der Stadt Zürich für die nächsten Jahre immer noch rote Zahlen, es werden noch massive Anstrengungen nötig sein, die Reserven zu bilden, die ein antizyklisches Verhalten der öffentlichen Hand in Rezessionsperioden ermöglichen und die sozialpolitischen Aufgaben zu sichern.

Polizeiplanung

Zähe Verhandlungen der Behördendelegationssitzungen von Stadt und Kanton Zürich führten am 4. Juli zum Beschluss, die polizeiliche Aufgabenteilung nach dem Vorschlag «Urban Kapo» zu planen und per Ende Jahr umzusetzen. Der Stadt Zürich bleiben nach dieser Neuorganisation die Aufgaben zur Bekämpfung der urbanen Kriminalität (Strassenkriminalität, Betäubungsmittel, Prostitution, Jugenddelinquenz etc.). Die Stadtpolizei trat der Kantonspolizei 120 Stellen der Kriminalkommissariate 2-5 und die bisherigen gemischten Dienste (48 Stellen) ab. Das Modell «Urban Kapo» und die damit verbundene Reorganisation der Kriminalpolizei wurden termingerecht per 1. Januar 2001 in Kraft gesetzt. Parallel zu den Planungsarbeiten für «Urban Kapo» wurde bereits im Sommer die Planung für eine Reorganisation und Neustrukturierung der gesamten Stadtpolizei an die Hand genommen. Im Dezember erfolgte der Auftrag für das Projekt «Stapo 200x».

Tempo 30

Innerhalb eines Jahres wurde in Zürich flächendeckend das quartiersverträgliche und sicherheitsfördernde Tempo 30 eingeführt (120 Tempo-30-Zonen; Planung:

TED/Abteilung für Verkehr)). Sämtliche rechtskräftigen Tempo-30-Zonen (mit Ausnahme der 5 Zonen im Gebiet Hottingen-/Fluntern, die erst Ende Jahr rechtskräftig wurden) konnten signalisiert werden. Im Rahmen eines Nachbearbeitungsprogramms werden die Signalisationen – wo nötig – optimiert. Auf bauliche Massnahmen wurde weitgehend verzichtet. Stetige Information der Bevölkerung führte zu einer breiten Akzeptanz der Massnahmen. Information wird aber auch in diesem Jahr noch nötig sein, um Tempo 30 in den Köpfen zu verankern.

Sicherheit im öffentlichen Raum

Im Rahmen des stadträtlichen Legislaturziels «Sicherheit» wurde im Sommer ein Pilotprojekt mit dem Ziel initiiert, die Sauberkeit und die (subjektiv wahrgenommene) Sicherheit in der Seeanlage (rechtes Seeufer) zu erhöhen. In einer ersten Phase wurde zusätzliche Infrastruktur bereitgestellt (Abfallbehälter, WC's etc.), die zweite Phase enthielt die Entwicklung und das Kommunizieren von einfachen (Verhaltens-)Regeln, und in der dritten Phase wurde mit einer sichtbaren (Polizei-)Präsenz und Kontrollen die Durchsetzung dieser Regeln kommuniziert. Die realisierten Massnahmen können insgesamt als sehr erfolgreich beurteilt werden.

220'000 sind genug

Trotz erfolgreicher Politik, trotz aller Anstrengungen um ein ausgeglichenes Budget und trotz allen positiven Signalen aus dem Stadtrat wurde am 21. Mai die Volksinitiative «220'000 sind genug» des SVP-nahen «Bund der Steuerzahler» von der Stimmbevölkerung in Zürich mit 50'500 Ja-Stimmen gegenüber 44'700 Nein-Stimmen angenommen. Damit wurden die Gehälter der Stadtratsmitglieder um rund 15% (Stadtpräsident fast 30%) gekürzt. Der Stadtrat war bestürzt darüber, dass er sich in einer erfolgreichen Periode einer solchen «Straffaktion» ausgesetzt sah.

Sieben statt Neun

Der Stadtrat hat in verschiedenen Klausuren die Reorganisation der Stadtverwaltung vorbereitet, die eine Reduktion der Stadtratsmandate von 9 auf 7 vorsieht. Die ursprünglich geplante Einführung mit der Legislatur 2002 bis 2006 wurde allerdings vom Parlament um vier Jahre aufgeschoben. Damit bleibt dem Stadtrat mehr Zeit, die Reorganisation vorzubereiten und die entsprechende Änderung der Gemeindeordnung im Parlament ausführlich zu diskutieren. Die neue Organisation der Stadtverwaltung wird in der nächsten Legislatur einen gewichtigen Teil Aufgaben im Stadtrat und im Parlament einnehmen.

Zürich, 3. März 2001

Elmar Ledergerber, Stadtrat

Politischer Alltag in Zürich Nord

Von Gertrud Graf

und Kaspar Luchsinger, SP 11

Der Schwerpunkt unserer politischen Arbeit im vergangenen Jahr war sicher unser Engagement für weniger Fluglärm über der Stadt Zürich. In Zusammenarbeit mit der Sektion 12, mehreren SP Landsektionen und anderen Interessengruppen gegen den Fluglärm wurde eine Petition lanciert und über 10 000 Unterschriften gesammelt. Durch das zusätzliche Engagement des Vorstandes und einiger aktiver Mitglieder war es möglich, einen Sektionsvertreiter für Oerlikon zu organisieren, dank dem wir die Kosten für die gesamte Aktion im vorgegebenen Rahmen halten konnten.

Beim Organisieren mehrerer Standaktionen zur Unterschriftensammlung zeigte es sich aber klar, dass es zunehmend schwieriger wird, unsere Mitglieder zur Mitarbeit für die Sektion zu motivieren. Unsere Aufrufe in unserem Informationsblatt mit der Bitte um Mitarbeit verhallten nahezu ungehört. Um trotzdem auf der Strasse präsent zu sein, blieb nur der zusätzliche Effort der Vorstands- und Behördenmitglieder.

Mit der Frage, wie wir unsere Mitglieder vermehrt in das Sektionsgeschehen

einbinden könnten, mussten wir uns in diesem Jahr also zwangsweise intensiv befassen. Ein Resultat dieser Auseinandersetzung ist das Einrichten eines Stammlokals, zusammen mit der Sektion 12. Wir möchten damit die Voraussetzung schaffen für vermehrte Kontakte zwischen Mitgliedern und Vorstand, aber auch für einen Gedankenaustausch mit den Mitgliedern der anderen SP-Sektion in Zürich Nord, der SP 12, welche ja im Moment ähnlich starken Gegenwind hat wie wir. Um die Last auf mehrere Schultern zu verteilen war die Werbung von Neumitgliedern einer der Schwerpunkte der diesjährigen Vorstandsarbeit. Die eigens dafür eingesetzte Arbeitsgruppe wurde auf verschiedenen Ebenen aktiv. Am meisten Erfolg in Bezug auf Neumitglieder brachten eindeutig unsere Aktionen gegen den Fluglärm. Über die an den Petitionsbögen angegebenen Anmelde-talons konnten wir mehrere Neumitglieder und SympatisantInnen gewinnen.

Das sichtbare politische Engagement scheint also immer noch das beste Argument für die Gewinnung neuer Mitglieder zu sein. Dazu aber sind wir auf eine aktive und breite Basis angewiesen.

Bingo mit Beat Schlatter

Von Susanne Twerenbold

Auf dem Sekretariat war es schon seit längerem ein Thema: Einmal ein Fest organisieren, an dem nicht nur über politische Inhalte und Aktivitäten geredet wird, sondern wo Genossen und Genossinnen mit Freunden und Kind und Kegel ihrer Spiel- und Partylust freien Lauf lassen können. Die Zeit war reif, mit der SVP und ihrem ledendären Buurezmorge in Konkurrenz zu treten und so machte man sich auf die Suche nach einem geeigneten Ort und an die Organisation des Anlasses.

Als Talk- und Spielmaster konnte der für seine Bingoabende berühmt-berühmte Beat Schlatter gewonnen werden, Ort des Festes war der Münsterhof, wo wir – Bruno Lafranchi sei Dank – das Silvesterlauf-Festzelt mieten konnten.

Am 9. Dezember 2000 war es dann soweit: Nach einem hektischen Organisationsnachmittag konnten wir das (geheizte!) Zelt auf dem Münsterhof «beziehen», waren die Getränke geliefert und die HelferInnen hinter Grill und Bar instruiert. Das Schlatter-Team war spiel- und startbereit – und dies im SP konformen Outfit (dazu gehören Woll-Gilet, Kordhosen und ein Paar Birkenstöcke...).

Das Spiel konnte beginnen. Die Preispalette war beeindruckend: Eintrittskarten für die Schiffbauhalle und das Opernhaus, ein Woz- oder Facts Abo, eine Zahnreinigung oder einen beeindruckenden Früchtekorb – mit freundlichem Gruss und Erfolgswünschen der SVP. Die Spitzenpreise waren ganz klar eine Wohnungsputzete und nicht zuletzt die Dates mit unseren allseits beliebten StadträtInnen.

Die Spannung war gross. Und wenn dann endlich das «Guets Mörgeli» (was im Beat-Schlatter-Spieljargon soviel wie «Bingo» bedeutet) erklang, war doch manch eineR enttäuscht, dass es schon wieder nicht gereicht hatte. Aber schon gings weiter in die nächste Runde, und weiss Gott, bei dem angeschlagenen Tempo und den 3 Bingokarten, die es gleichzeitig abzudecken galt, hatte man alle Hände voll zu tun, sodass man schnell wieder dem Gewinnfieber verfiel und die Enttäuschung über den eben verpassten Preis vergass.

Für die musikalische Umrahmung des Abends sorgten das Berner Hofquartett, Anton Bruhin auf seiner Maultrommel und das Jack Stoiker Duo. Bei so viel Beschäftigung blieb nun wirklich keine Zeit für politische Diskussionen. Auf die Frage,

ob das Fest nächstes Jahr wieder stattfinden sollte, erklang ein klares, spielfreudiges Applaus-Ja. Und so befassen wir uns mental schon mit Preisideen für die nächste Runde.

Auf dass das Fest nächstes Jahr wieder steige. Allen HelferInnen sei hier nochmals gedankt, ohne ihre tatkräftige Unterstützung wäre der Abend nicht möglich gewesen.

Berichte aus Kommissionen, Ausschüssen und Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe

Altersveranstaltungen

Von Agnes Guler

Nachdem 1999 die Nationalratswahlen im Vordergrund der Veranstaltungen standen, befasste sich die Arbeitsgruppe unter der Federführung des Sekretariats im letzten Jahr mit allgemeinen politischen Themen. So wurden Veranstaltungen zu den folgenden Abstimmungsvorlagen organisiert:

Mai/Juni zwei Veranstaltungen «Hände weg vom EWZ» in Örlikon und Albisrieden. August/September fünf Nachmittage «Hände weg von den AHV Beihilfen» in den Stadtkreisen 2,3,4,6,10. Als Referenten und Referentinnen konnten Esther Maurer, Robert Neukomm, Vreni Hubmann, Ernst Reimann sowie Gemeinde- und KantonsrätInnen engagiert werden. Vorlagen die Seniorinnen und Senioren direkt betrafen (Beihilfen) stiessen dabei auf grosses Interesse. Im Januar 2001 erlangten die drei Veranstaltungen zum Thema «Sterbehilfe», unter dem Titel «Im





Altersheim daheim – daheim sterben dürfen» mit Robert Neukomm in städtischen Altersheimen grosse Beachtung beim Publikum, in der Presse, in Lokalradios und Tele 24. Die städtische Abstimmungsvorlage über die Abschaffung der Einbürgerungsgebühren konnte bei der älteren Generation keine Anteilnahme erwecken. Beide Versammlungen in Schwamendingen und Leimbach waren sehr schlecht besucht.

Mit diesen Altersnachmittagen haben wir versucht, ältere Menschen anzusprechen und ihnen ehrliche Informationen über Vorlagen und Abstimmungen zu vermitteln.

Agnes Guler

SP-Frauen

*Von Christine Marchetto,
ehem. Co-Präsidentin*

Neue Wege in der Gleichstellungspolitik

Am 23. November 2000 hat die SP Kanton Zürich an einem ausserordentlichen Parteitag neue Akzente in der Gleichstellungspolitik gesetzt. Die Partei verabschiedete ein Manifest zur Gleichstellung und änderte die Statuten dahingehend, dass der Auftrag zur Gleichstellung in den Statuten der SP Kanton Zürich festgeschrieben ist und dass die Partei die Verantwortung für die Umsetzung übernimmt. Gleichzeitig wurde entschieden, dass dafür eine Kommission und eine Fachstelle eingesetzt, die bisherigen Frauenstrukturen innerhalb der Partei jedoch aufgelöst werden.

Die SP Frauen Kanton Zürich haben in fast zweijähriger gründlicher Arbeit die Grundlagen für diesen Entscheid geschaf-

fen. In Anbetracht der Bedeutung der damit allenfalls verbundenen schwerwiegenden Vor- und Nachteile dieser Veränderung, war diese Arbeit notwendig.

Sind wir nun am Ziel? Wir haben, so glaube ich, einen wesentlichen Schritt in die richtige Richtung getan. Für mich ist entscheidend, dass in Zukunft das Engagement für die Gleichstellung nicht mehr an die Frauen delegiert wird, sondern dass unsere Partei, welche sich klar zur Gleichstellung bekennt und auch imagemässig stark davon profitiert, nun Verantwortung übernimmt. Der Wille, die dafür notwendigen Mittel bereitzustellen, ist trotz der finanziell angespannten Situation in der Partei vorhanden. Bereits ist die Geschäftsleitung mit der Zusammensetzung der Kommission beschäftigt und die Fachstelle mit der neuen Sekretärin besetzt.

Die Instrumente stimmen. Ob dies nun zu einer neuen Offensive in der Gleichstellungspolitik führen wird, muss sich noch zeigen. Wir alle wissen, dass auch in der Politik die Frage der vorhandenen Instrumente und Mittel nicht unwesentlich ist, der Erfolg aber immer noch vom Einsatz der einzelnen Parteimitglieder abhängt. Nun, ich hoffe, dass die neuen Mitglieder der Gleichstellungskommission – Männer und Frauen – mit dem notwendigen Wissen, dem erforderlichen Einsatz und der nötigen Durchsetzungskraft an die Arbeit gehen... und dass die SP in dieser Frage wesentliche Veränderungen in der Gesellschaft bewirken kann.

Arbeitsgruppe Verkehr

Von Peter Hotz

Zurzeit wird die Verkehrspolitik der Stadt Zürich durch eine ämterinterne Arbeitsgruppe unter der inhaltlichen Führung von Stadträtin Kathrin Martelli neu formuliert. Wir befürchten ein Abgleiten in veraltete Positionen und ein weiteres Abrücken von unseren fortschrittlichen Positionen, insbesondere was den weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs anbelangt und somit eine Veränderung des Modalsplits. In der täglichen Politik gelingt es der rot-grünen Mehrheit im Stadtrat nicht, Meilensteine zu setzen. Es wird oftmals vergessen, dass die Zunahme des aggressiven Autoverkehrs und die weitere Verschlechterung der Umwelt- und Sicherheitssituation nicht das Resultat eines Naturgesetzes, sondern die Folge der Politik der städtischen Departemente, der Nachbar-Regionen und des Kantons sind.

SP-Volksinitiative: «Hauptstrassen zum Leben»: Die VertreterInnen der Arbeitsgruppe versuchten beim Stadtrat Druck zu machen, um erstens die fristgerechte Behandlung der Initiative zu erzwingen und zweitens den sich abzeichnenden «Gegenvorschlag» inhaltlich zu befruchten; trotz Unterstützung durch fortschrittliche Kräfte in der Verwaltung scheiterte dies am Willen des Stadtrats.

Im September 2000 wurde das von der AG Verkehr erarbeitete Positionspapier «Strassenteile hat Zukunft» zur Verkehrsproblematik in der Stadt Zürich der Presse vorgestellt und den Mitgliedern und SympathisantInnen verschickt. Das Papier bildet die Grundlage für einen Strauss von Vorstössen und Aktionen im Gemeinderat und in den Quartieren, deren Vollzug derzeit breit diskutiert wird.

Bildungsausschuss

Von Mario Florin, Präsident

Im vergangenen Berichtsjahr hat der Bildungsausschuss zwei Anlässe organisiert: eine Filmmatinee (Mai 2000) sowie den traditionellen «Risotto und Rote Geschichten» (Januar 2001) In der Filmma-

tinee zeigten wir den Dokumentarfilm von Kaspar Kasics «Jemand – oder die Passion zum Widerstand». Ausgehend von der Wiederaufführung des Arbeiteratoriums «Jemand» (1988) fünfzig Jahre nach der Uraufführung fragt Kasics nach den Formen des politischen Engagements in den späten Achtzigerjahren. Das nicht gerade zahlreich erschienene Publikum verbrachte einen überaus anregenden Samstagvormittag im Kino Xenix.

Am Risotto Abend, den wir diesmal mit einem eigenen hervorragenden Risottokoch im Volkshaus durchführten, lasen: Peter Höner, Tim Krohn, Simone Meier, Sylviane Roche, Theres Roth-Hunkeler, Willi Wottreng – eine spannende Mischung von AutorInnen von Belletristik und Sachbuch.

Justizkommission

Von Pierre Martin, Präsident

Im Berichtsjahr 00/01 hat die Justizkommission eine Sitzung abgehalten; anfangs 2001 eine zweite. Dabei ging es um die Kandidaturen für einen Sitz an der Bezirksanwaltschaft Zürich (Nachfolge Beat Rhyner) und für eine 50% RichterIn-Stelle (Teilrücktritt Flurina Schorta). Für die Bezirksanwaltschaft konnten wir Claudia Suter zuhänden der Geschäftsleitung vorschlagen, für das Bezirksgericht Reto Nuotclà zuhänden des Parteivorstandes. Beide Gremien sind unseren Anträgen gefolgt. An der ordentlichen Delegiertenversammlung im Mai 2000 wurde Rolf Naef (Richter am Bezirksgericht Zürich) neu in die Justizkommission gewählt.

Schulpolitische Kommission

Von Andrea Ruckstuhl, Präsident

Die Schulpolitische Kommission hat im vergangenen Jahr im Zusammenhang mit den laufenden Reformen zur anstehenden Behördenreorganisation medienöffentlich pointiert Stellung bezogen. Der angekündigte Versuch, schulvisionär zu arbeiten und sich für diesen Zweck mit im Bildungsbereich engagierten GenossInnen und bildungspolitischen Fachkräften

einerseits und mit der BIKO andererseits zu vernetzen, muss – mangels Zeitkapazität und Interesse, bzw. aufgrund anderer Gewichtung – mindestens im Moment als gescheitert beurteilt werden.

Solidaritätsfonds

Von Mechthild Malash

Die Anträge für einen Beitrag aus dem Fonds wurden in den letzten Jahren immer spärlicher; dies trotz regelmässigen Aufrufen in den Sektionen. Zum Schluss wurden bereits auch Nicht-SP-Mitglieder unterstützt. Es handelte sich ausserdem bei den SP-Mitgliedern seit einigen Jahren immer um die gleichen Personen.

Anlässlich der Vorstandssitzung vom 20.11.2000 wurde festgestellt, dass ein Fonds dieser Art nicht mehr zeitgemäss ist. Das soziale Netz funktioniert offenbar sehr gut. Es ist nun an der Zeit, diesen Fonds aufzulösen, das heisst, das aufgelaufene Fondsvermögen ist an die Winterhilfe zurückzuzahlen damit es dort sinnvoll verwendet werden kann. In früheren Jahren wurden bereits andere Möglichkeiten abgeklärt, dies aber immer ohne Erfolg.

Es wurde daher der Geschäftsleitung der SP Stadt Zürich beantragt, den Fonds aufzulösen. Die GL beschloss anlässlich ihrer Sitzung vom 13.12.2000, dem Antrag statt zu geben und den Fonds per 31.3.2001 definitiv aufzulösen und das Guthaben an die Winterhilfe zurückzuzahlen.

Arbeitsgruppe Sozialpolitik

Von Emy Lalli

An der Retraite vom April 2000 beschloss die Geschäftsleitung der SP Stadt Zürich zum Thema Sozialpolitik ein Positionspapier zu erarbeiten. Die Arbeitsgruppe, bestehend aus PolitikerInnen und Fachleuten, verfolgte folgenden Auftrag:

- Einschätzung der künftigen Entwicklung in den Bereichen Jugendarbeit, Beschäftigung, Sozialhilfe, Zusatzleistungen zur AHV/IV.
- Überprüfen der Schwerpunktsetzung

- Doppelspurigkeiten
- Veränderungen im Sozialdepartement
- Entwicklung einer Strategie für die zukünftige SP-Sozialpolitik in der Stadt Zürich.

Die Arbeitsgruppe erarbeitete in 5 Abend-sitzungen und einem Arbeitstag ein Positionspapier, welches in einer Vernehmlassungs-Veranstaltung mit sozialpolitisch interessierten Parteimitgliedern diskutiert wurde. Im November 2000 verabschiedete der PV das Positionspapier in angeregter und differenzierter Diskussion mit wenigen Änderungen zu Hd. der Öffentlichkeit.

Das vorliegende Sozialpapier zeigt die Schwerpunktthemen der künftigen SP-Sozialpolitik in der Stadt Zürich auf; es beinhaltet unsere Forderungen auf städtischer, kantonaler wie auch auf Bundesebene. Der Arbeitsgruppe gehören an: Urs Berger, Heinz Bögle, Ursula Hellmüller, Emy Lalli, Urs Leibundgut, Koni Loepfe, Ernst Reimann, Walter Reist

JUSO Zürich

Von Kaspar Utz, Sekretär JUSO Zürich

Dass wir Jusos gerne gegen den Strom schwimmen, ist bekannt. Daran haben wir uns auch im Jahr 2000 gehalten: Während in der Wirtschaft das Fusionsfieber grassiert, haben wir uns in verschiedene Regionalsektionen aufgeteilt. So wurden letztes Jahr die JUSO Oberland und die JUSO Limmattal gegründet. Möglich wurde dies, weil unsere Mitgliederzahlen – anders als die Börsenkurse, um nochmals auf die Wirtschaft Bezug zu nehmen – weiterhin stark nordwärts zeigten.

Selbstverständlich haben wir uns jedoch nicht nur mit der Gründung von neuen Sektionen herumgeschlagen. So haben wir beispielsweise dank hervorragenden Bildungsveranstaltungen wiederum viel dazugelernt: Beispielsweise über die Sozialwerke (mit Ruedi Rechsteiner), über den Marxismus oder den Nahostkonflikt. Viele Jusos nahmen auch – natürlich gewaltfrei! – an den Anti-WEF-Demonstrationen teil; einige zog es letz-

ten September als «Demotouristen» gar bis nach Prag, um gegen die Politik von IWF und Weltbank zu protestieren. Ein schöner Erfolg war im Sommer die Wahl der Jungsozialistin Sarah Müller in den Verfassungsrat. Es zeigte sich, dass auch in der Politik gute junge Leute eine Chance haben. Fürs 2001 haben wir uns an der Jahresversammlung vom 1. März 2001 neue Strukturen gegeben, um effizienter und gezielter arbeiten zu können. So wird es neu eine JUSO Stadt Zürich geben, die wie die Limmattaler und die Oberländer Sektion der JUSO Kanton Zürich unterstehen wird.

Wir schauen also wiederum auf ein erfolgreiches Jahr zurück und sind gespannt, was uns das erste Jahr im neuen Jahrtausend bringen wird.

Arbeitsgruppe KMU

Von Elisabeth Derisiotis

Im Auftrag der Geschäftsleitung wurde im Mai 2000 eine Arbeitsgruppe gegründet, die sich mit der Situation der KMU im Allgemeinen und in der Stadt Zürich im Besonderen zu befassen hat. Ziel war es, ein Konzept zu erstellen, wie eine optimale Starthilfe und weitere Unterstützung für NeugründerInnen aus SP-Sicht aussehen sollte und daraus politische Forderungen abzuleiten.

Auf der Basis eines dafür entwickelten Fragerasters befragten wir KleinunternehmerInnen und AnbieterInnen von Unterstützungsangeboten. Insbesondere haben wir auch ausländische KleinunternehmerInnen in den Stadtkreisen 4 und 5 befragt.

Auf der Seite der UnterstützungsanbieterInnen luden wir Marc Hamburger vom Gründerzentrum START und Katharina Lehmann von der Fachstelle für Selbständigerwerbende der Stadt Zürich – heute beim Kanton angesiedelt – ein. Durch die Teilnahme am «Erster Zürcher Tag des Jungunternehmers» im Technopark erhielten wir eine gute Übersicht über die vorhandenen Unterstützungsangebote. Über die spezielle Problematik im Zusammenhang mit der AHV/ALV informierte uns

Reiser, Sozialversicherungsfachfrau. Aufgrund unserer Recherchen, der durchgeführten Hearings und der konsultierten Literatur zum Thema erkannten wir klaren Handlungsbedarf und leiteten daraus unsere politischen Forderungen ab.

Das daraus erarbeitete Positionspapier wurde von der Geschäftsleitung zur Kenntnis genommen und danach gezielt an ausgewählte parteiinterne Fachpersonen zur Vernehmlassung geschickt. Im Anschluss daran soll das Positionspapier schliesslich durch den Parteivorstand abgesegnet und unsere Forderungen der Öffentlichkeit präsentiert werden. Damit mischen wir uns endlich auch aktiv und nicht nur reaktiv in die bis heute fast ausschliesslich bürgerlich dominierte Diskussion zum Thema KMU ein.

Der Arbeitsgruppe gehören an: Elisabeth Derisiotis, Janos Blum, Dominik Schaub, Katharina Zamboni und Meggie Malash.

SeniorInnen

Von Irma Heeb, Emil Schärer

Auch im vergangenen Berichtsjahr war es dem Vorstand der SP Senioren und Seniorinnen daran gelegen, neben aktuellen Themen auch grundsätzliche politische Fragen zu diskutieren.

An den verschiedenen Nachmittagen informierten wir uns über Patienten-Verfügung, Steuern, Freiwilligenarbeit in sozialen Organisationen, Mieterfragen, Altersbeschwerden, Umverteilungsinitiative oder Bedeutung des Wassers in der dritten Welt.

Am 22. Mai 2000 um 07.30 Uhr demonstrierten wir vor dem Rathaus gegen die Kürzung der Altersbeihilfen. Im Landesmuseum wurde zum Anlass der Ausstellung «Späte Freiheiten – Geschichten vom Altern» ins «Café Politique» eingeladen. Die AVIVO, mit der wir zusammenarbeiten, bestimmte den politischen Inhalt. Die Veranstaltungen waren, wie die Ausstellung auch, ein Erfolg.

Bei schönstem Sommerwetter pflügte uns ein Schiff durch die Wogen des Zürichsees nach Wädenswil. Im schön

renovierten, geschichtsträchtigen Volkshaus wurden wir von Genossinnen und Genossen der SP Wädenswil empfangen. Sie verstanden es ausgezeichnet, aus ihrer Lokal- und Parteigeschichte zu erzählen. Ein gemeinsames Mittagessen, musikalisch umrahmt, trug zur Geselligkeit bei. Allen, die zum guten Gelingen unserer Arbeit im Verlaufe des Berichtsjahres beigetragen haben, sei hier herzlichen gedankt.

SP Migration

Von Maria Roselli, Präsidentin

Viel Arbeit für ein mickriges Resultat

Im Berichtsjahr 00/01 beschäftigte sich die SP Migration nebst der Revision des Ausländerrechts (zu diesem Thema organisierten wir ein Podiumsgespräch mit Nationalrätin Regine Aeppli) und dem Appell an den Verfassungsrat (Inserat Tages-Anzeiger im September 00) hauptsächlich mit der Kampagne zur Abschaffung der Einbürgerungsgebühren.

Nachdem die Einzelinitiative im Frühling 1999 praktisch einstimmig (bei zwei oder drei Enthaltungen) an der Delegiertenversammlung der städtischen SP verabschiedet wurde, kam sie ein Jahr später zur ersten Lesung in den Gemeinderat, wo sie problemlos die nötigen Stimmen zur Weiterleitung an den Stadtrat erhielt. Im November, bei der zweiten Lesung, wurde sie dann mit 56:59 verworfen und dank dem Behördenreferendum der SP zur Abstimmung gebracht.

Der Abstimmungskampf präsentierte sich problematisch, denn der Stadtrat war trotz Beschluss der Delegiertenversammlung nicht von seinem Nein abzubringen. Zudem konnten wir uns nicht auf die üblichen linken WählerInnen abstützen, da nur die Zürcher BürgerInnen in Bürgerrechtsfragen stimmberechtigt sind. Dennoch steckten wir unglaublich viel Energie und Arbeit in diesen Abstimmungskampf: Wir verfassten Spendenaufrufe in verschiedenen Sprachen, suchten Kontakte zu den AusländerInnenorganisationen, nahmen an Podiumsdiskussionen in den Quartieren teil, pflegten Kontakte



zur Presse, druckten eigene Plakate, gaben Inserate auf und verteilten Tausende von Flyers.

Doch mit mickrigen 21% ist das Resultat selbstredend: Wir haben verloren und die AusländerInnen werden weiterhin Tausende von Franken bezahlen müssen, um den roten Pass zu kaufen. Aber auch das Positive sollte an dieser Stelle erwähnt werden. Erstmals nach vielen Jahren kam in der Stadt Zürich wieder eine ausländerfreundliche Initiative zur Abstimmung. Wir haben das Thema bestimmt und nicht die SVP. Nicht die Probleme und die Kriminalität standen im Mittelpunkt, sondern die Rechte jener 60'000 Menschen, die seit Jahrzehnten in dieser Stadt wohnen und arbeiten. Zudem wurde klar, dass die heutige Bestimmung, die es nur Zürcher BürgerInnen ermöglicht, über Bürgerrechtsbelange abzustimmen, von vielen als ungerecht empfunden wird. Dies beweisen auch die zwei Einzelinitiativen der Grünen.

Welche Lehre wir daraus ziehen? Es braucht in Sachen Migration in der SP und bei den StimmbürgerInnen noch viel Aufklärungsarbeit.

Kommentar zur Jahresrechnung 2000

Von Mechthild Malash

Allgemeine Interpretation:

Die Jahresrechnung 2000 weist ein positives Ergebnis aus. Mit einem Gewinn von Fr. 47'569.27 können wir den Verlust aus dem Vorjahr von Fr. 34'402.35 wieder wettmachen und weisen neu einen Gewinn-

vortrag von Fr. 13'166.92 aus.

Diese positive Entwicklung ist zur Hauptsache den folgenden Faktoren zuzuschreiben:

1. Die Personalkosten sind gegenüber dem Vorjahr um 32'000.- Franken gesunken.
2. Die Verwaltungskosten reduzierten sich ebenfalls gegenüber dem Vorjahr um Fr. 9'600.-. Positiv ist zudem, dass die Ausgaben für die Fixkosten Politik und Gremien mit einem Anteil von 44 % stabil geblieben sind und nicht zugunsten der Personal- und Verwaltungskosten gesunken sind. Das Verhältnis des Anteils der Personalkosten von aktuell 46 % (47 % im Vorjahr) sollte sich im Rechnungsjahr 2001 nochmals verbessern (gemäss Budget 41 %).

Unsere Kampagnen im Jahre 2000:

Der Beschluss der Geschäftsleitung, die in Abstimmungen gefährdeten Stadtkreise 9,11,12 mit speziellen Kampagnen-Flyern zu bedienen, welche auf Kosten der Stadtpartei dort jeweils mit dem Postverteiler gestreut werden sollen, wurde im Herbst 2000 erstmals angewendet. Das neue Kampagnenmodell generierte Mehrkosten von 20'000.- Franken. An der EWZ-Kampagne beteiligte sich die SP Stadt Zürich in einem überparteilichen Komitee und steuerte rd. Fr.11'000.- bei. Die Kampagne «220'000 Franken sind genug» wurde auch von einem überparteilichen Komitee geführt. Die SP beteiligte sich mit Fr. 2'900.-.

Die wohl wichtigste Kampagne im letzten Jahr war diejenige im Juni für die

Verfassungsratswahlen. Der Wahlbezirk III, Stadt Zürich portierte 28 Kandidatinnen und Kandidaten. Es wurden 11 Sitze errungen mit 34,9 Stimmenprozenten, ein hervorragendes Ergebnis. Dabei ist zu beachten, dass die Stadtpartei insgesamt nur Fr. 12'000.- ausgegeben hat, wovon noch Fr. 3'000.- wieder reingeholt wurden als Entgelt für M. Malash, welche die kantonale Kampagnenleitung für die Kantonalpartei übernahm.

Der von der Stadtpartei organisierte «Bingo-Abend» im Festzelt auf dem Münsterhof bescherte uns leider einen Verlust von Fr. 3'700.-. Die Gründe dafür sind zum einen, dass weniger konsumiert wurde als erwartet und dass das Spielsystem, d.h. der Verkauf von Bingokarten kurzfristig geändert wurde, was ebenfalls Mindereinnahmen zur Folge hatte.

Ausblick:

Für die Gemeinde- und Stadtrats-Wahlen im Frühjahr 2002 konnte abermals eine Rückstellung von Fr. 100'000.- gemacht werden, und, sofern wir per 31.12.2001 eine weitere Rückstellung in gleicher Höhe machen können, werden wir für das Wahlbudget Fr. 400'000.- zur Verfügung haben. Diese Mittel reichen selbstverständlich nicht aus und wir werden daher zusätzlich über Spendenaktionen einiges Geld reinholen müssen. Die einzelnen Sektionen werden ebenfalls einen beträchtlichen Teil zum gesamtstädtischen Wahlkampf beisteuern.

Jahresrechnung der SP Stadt Zürich

BILANZ PER 31.12.2000

AKTIVEN

Kasse			460.45
Postcheckkonti			175'932.97
Bankkonti			50'971.75
Depositenkonti			215'849.70
Debitoren	Sektionen	27'274.50	
	Bildungsausschuss	6'980.45	
	Fraktion	991.00	
	Verrechnungssteuer	1'247.41	
	diverse Debitoren	6'118.40	42'611.76
Transitorische Aktiven			15'804.50
Wer tschriften			1'501.00
Mobiliar			1'000.00
Total Aktiven			504'132.13

PASSIVEN

Kreditoren	Diverse	6'247.91	
	Sektionen	32'593.35	
	Kantonalpartei	125'827.55	164'668.81
Trans. Passiven			600.00
Rückstellungen	Wahlen	279'565.25	
	Aktionen	15'000.00	
	Personal	9'131.15	
	Rechtshilfefonds	22'000.00	325'696.40
Verlustvortrag per 1.1.2000		-34'402.35	
Gewinnvortrag per 31.12.2000		+47'569.27	13'166.92
Total Passiven			504'132.13

Erfolgsrechnung 2000

AUFWAND

Personalaufwand	226'570.62
Administration	55'923.95
Gremienkosten	9'930.25
Kampagnen allgemein: Inserate, Drucksachen, Postverteiler	62'796.77
Podiumsdiskussion Landesmuseum	2'056.80
Veranstaltungen der AG Altersveranst.	924.20
Verfassungsratswahlen	11'970.65
Kampagne EWZ	10'742.90
Bingoabend	8'426.11
Beiträge	16'421.95
Rückstellungen	100'000.00
Gewinn	47'569.27
Total Aufwand	553'333.47

ERTRAG

Mitgliederbeiträge	99'748.00
Parteiausgleichsbeiträge	420'554.81
Spenden allgemein	4'803.00
Spende Bezirksrichterwahl	500.00
Abstimmungsclub	2'750.00
Erträge Bingoabende	5'386.85
Ausserordentliche Erträge	13'657.56
Abgeltungen	600.00
Zinsen	5'333.25
Total Erträge	553'333.47

Mitgliederzahlen 1995 – 2000

Sektion	1995	1996	1997	1998	1999	2000	Delegierte 2001 (davon fix: 7 pro Sektion)
1	90	90	92	89	89	94	10
2	170	171	171	170	176	182	13
3	343	328	311	287	281	288	16
4	180	176	176	164	171	167	12
5	109	115	125	137	147	146	12
6	187	203	196	207	212	219	14
7	164	163	172	175	202	204	14
8	116	119	118	124	124	113	11
9	276	221	226	221	214	207	14
10	252	245	246	242	238	250	15
11	217	201	199	207	189	186	13
12	204	195	190	175	171	157	12
Total	2308	2227	2222	2198	2214	2213	156

Datenbasis: Sektionsmeldungen betr. Mitgliederbeiträge 2000

Abstimmungsergebnisse Stadt Zürich 2000

	SP Parolen	Ergebnis	Ja	Nein
12. März 2000				
Kanton (Stimmbeteiligung 39.8%)				
Pädagogische Hochschule	Ja	Ja	43'447	28'655
Ausgabenbremse:				
Kantonsverfassung	Nein	Ja	46'391	19'938
Finanzhaushalts- und Steuergesetz 16'858	Ja	Ja		47'557
Bund (Stimmbeteiligung 44.3%)				
Justizreform	Ja	Ja	70'170	8'147
Gerechte Vertretung der Frauen in den Bundesbehörden (Quoten-Initiative)	Ja	Nein	24'066	59'552
Initiative Verkehrshalbierung	Ja	Nein	32'937	52'223
Initiative Beschleunigung der direkten Demokratie 58'089		Nein	Nein	25'059
Initiative Schutz des Menschen vor Manipulationen in der Fortpflanzungstechnologie	Nein	Nein	28'190	54'206
21. Mai 2000				
Stadt (Stimmbeteiligung 47%)				
Initiative «220'000 Franken sind genug»	Nein	Ja	50'529	44'757
Schulpräsidium Waidberg	Urs Berger	Absolutes Mehr um 22 Stimmen verfehlt		
Bund (Stimmbeteiligung 50.2%)				
Bilaterale Verträge	Ja	Ja	76'867	25'958
18. Juni 2000				
Stadt (Stimmbeteiligung 26.2%)				
EWZ Ausgliederung	Nein	Nein	24'995	27'649
Objektkredit Krankenhaus Bachwiesen	Ja	Ja	44'439	7'560
Kanton (Stimmbeteiligung 22,7%)				
Verfassungsratswahlen	Liste 11, SP	11 Sitze	34.9%	
24. September 2000				
Stadt (Stimmbeteiligung 49.5%)				
Sanierung und Umbau Kunsthaus 27'311		Ja	Ja	73'702
Quartierzentrum Schwamendingen 49'620		Ja	Nein	47'393
Schulpräsidium Waidberg, 2. Wahlgang	Urs Berger	Urs Berger	54.7%	
Stadtamman Kreis 3	T. Marthaler	T. Marthaler	59.5%	
Kanton (Stimmbeteiligung 46.8%)				
Anderung Strassengesetz	Nein	Nein	42'066	51'993
Kürzung Beihilfen AHV/IV	Nein	Nein	34'439	62'000
Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz (Stimmbeteiligung 48,7%)	Nein	Ja	52'901	48'471
Bund (Stimmbeteiligung 49%)				
18% Initiative	Nein	Nein	33'966	72'990
Konstruktives Referendum	Ja	Nein	41'465	56'287
Solar-Initiative	Ja	Nein	50'602	50'782
Gegenvorschlag zur Solar-Initiative (Förderabgabe)	Ja	Ja	60'321	39'388
Gegenvorschlag zur Energie- und Umweltinitiative (Umweltabgabe)	Ja	Ja	61'458	39'083
26. November 2000				
Stadt (Stimmbeteiligung 39,8%)				
Kredit Kunming	Ja	Ja	51'902	28'716
Bund (Stimmbeteiligung 42,4%)				
Bundspersonalgesetz 27'143		Nein	Ja	55'131
Initiative Tiefere Spitalkosten	Nein	Nein	18'233	67'349
Umverteilungsmassnahmen 44'979	Ja		Nein	41'385
Flexibles Rentenalter (KV-Initiative) 50'462	Ja		Nein	34'933
Flexibles Rentenalter (Grünen-Initiative)	Ja	Nein	40'346	45'794

IMPRESSUM:

Jahresbericht der Sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich
SP Stadt Zürich, Hallwylstr. 29, 8004 Zürich,
Tel. 01 242 82 66, Fax 01 241 72 42

Redaktion und Produktion: Mechthild Malash,
Susanne Twerenbold

Gestaltung: Uz Hochstrasser

Photos: Luca Zanier

Lektorat: Paul Sprecher

April 2001

Nachdruck unter Quellenangabe erwünscht, Einzel Exemplare gratis.

TALON FÜR INTERESSIERTE, NEUGIERIGE UND BEITRITTSWILLIGE

Die SP interessiert mich.

Schicken Sie mir Ihre Unterlagen.

VORNAME / NAME: _____

PLZ / ORT: _____

Die SP gefällt mir.

Ich trete der Partei bei.

STRASSE / NR.: _____

TELEFON: _____

Ich habe noch Fragen.

Rufen Sie mich bitte an.

DATUM / UNTERSCHRIFT: _____

An: SP Stadt Zürich, Hallwylstrasse 29, 8004 Zürich. Telefon: 01 / 242'82'66, Telefax: 01 / 241'72'42.
e-mail: spstadtzh@spstadtzh.ch, Internet: www.spstadtzh.ch